

**Niederschrift über die öffentliche  
Sitzung des Ausschusses für Soziales**

am Dienstag, den 11.10.2022

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

---

Beginn:	15:30 Uhr
Ende	16:30 Uhr

---

**Anwesenheitsliste**

**Vorsitzende**

Homm-Vogel, Elke

**Ausschussmitglieder**

Lösch, Daniel

Vertretung für Herrn Johannes Meier

Pollack, Kathrin

Raschke-Dietrich, Monika

Sauerhammer, Gerhard

Sauerhöfer, Jochen

Schaudig, Otto

Schildbach, Milan

Stein-Hoberg, Sabine

**Schriftführerin**

Grytz, Ute

**Referenten**

Nießlein, Holger

**Weitere Anwesende**

Herr Frosch

Frau Rudolf (AfA – Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH)

***Abwesende und entschuldigte Personen:***

**Ausschussmitglieder**

Eff, Hans Jürgen

unentschuldigt

Erbguth-Feldner, Meike

entschuldigt

Fabi, Markus

entschuldigt

Holzhäuer, Hans, Dr.

entschuldigt

Meier, Johannes  
Schalk, Andreas  
Seiler, Friedmann

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentliche Sitzung

- TOP 1   Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 2   Sachstandsbericht Mietobergrenzen im Stadtgebiet Ansbach für die Zeit ab 01.01.2023
- TOP 3   Vorstellung Seniorenpolitisches Gesamtkonzept AfA - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH

Frau Homm-Vogel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Ausschusses für Soziales geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Frau Homm-Vogel zieht den TOP Sachstand Mietobergrenzen vor, hiermit besteht Einverständnis.

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 1   Anfragen/Bekanntgaben**

#### **Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen**

#### **Sachstand WLAN Ausstattung in der Flüchtlingsunterkunft in der Draisstraße**

Herr Nießlein informiert, dass die technischen Voraussetzungen für WLAN vorliegen. Es bedarf eines Betreibers, der die Verträge mit den Telekommunikationsunternehmen abschließt. Von Seiten der Stadt Ansbach sei alles getan.

Dient zu Kenntnis.

### **TOP 2   Sachstandsbericht Mietobergrenzen im Stadtgebiet Ansbach für die Zeit ab 01.01.2023**

Herr Nießlein berichtet über den aktuellen Sachstand anhand der beigefügten Powerpointpräsentation über die derzeitige aktuelle Entwicklung, das neu geplante Wohngeld-Plus-Gesetz sowie über das geplante Vorgehen der Stadt Ansbach.

Anlass des Berichtes sei die drastische Kostensteigerung für Heizmaterial. Der Gesetzgeber versuche darauf zu reagieren, einerseits mit Entlastungspaketen andererseits (die wichtigste Vorschrift) u. a. mit einer mehrmaligen Verlängerung der eigentlich als Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie angedachten Regelungen in § 67 SGB II und § 141 SGB XII.

Diese Paragraphen regeln, dass der Gesetzgeber vorsieht, dass die tatsächlichen Aufwendungen für Kosten der Unterkunft in vollem Umfang für die Dauer von sechs Monaten übernommen werden. Diese Regelung soll bis 31.12.22 gelten. Diese Vorschrift sei in jedem Einzelfall anzuwenden.

Frau Homm-Vogel interessiert die Anzahl der momentanen Wohngeldbezieher sowie die Anzahl der zukünftigen Wohngeldbezieher.

Herr Frosch antwortet, dass derzeit ca. 300 – 350 Haushalte Wohngeld beziehen, wie die Zahl der zukünftigen Wohngeldbezieher aussehe ist noch nicht bekannt. Es müsse mit einer Verdreifachung der Wohngeldbezieher für die Zeit ab dem 01.01.2023 ausgegangen werden.

#### **Wohngeld-Plus-Gesetz**

Ziel sei eine Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises von bundesweit derzeit ca. 600.000 Haushalten auf ca. 2,0 Mio. Haushalte. Dies bedeute grob eine Verdreifachung der anspruchsberechtigten Wohngeldbezieher auch in Ansbach.

Im Bereich des Sozialamtes bedeute dies eine Verdreifachung der Fälle, es werde somit dreimal so viel Personal benötigt.

Die Wohngeldkosten werden zu 50 % vom Bund und zu 50 % vom jeweiligen Bundesland getragen. Die Personalkosten müsse die Stadt übernehmen.

Die Stadt Ansbach wechsele zum 01.01.2023 von der bisher angewandten Mietstufe II in die Mietstufe III.

Der Bundesrat befasse sich voraussichtlich am 25.11.2022 mit dem Gesetz. Das geplante Inkrafttreten des Gesetzes sei 01.01.2023.

#### Auswirkungen auf das städtische geplante Vorgehen

Das Gesetzgebungsverfahren werde abgewartet, im nächsten Ausschuss für Soziales erfolge ein neuer Sachstandsbericht.

Dient zur Kenntnis.

### **TOP 3    Vorstellung Seniorenpolitisches Gesamtkonzept AfA - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH**

Frau Rudolf von der AfA – Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH stellt das Gesamtkonzept anhand der beigefügten Präsentation vor. Das seniorenpolitische Gesamtkonzept könne noch nicht vorgestellt werden, da dieses noch nicht fertig sei, daher stelle sie einen Zwischenbericht vor. Es stehe noch ein Arbeitsschritt aus, danach werde der Bericht fertiggestellt. Es handele sich um die zweite Auflage, im Jahr 2008 gab es bereits ein Konzept, welches unter der Federführung des Seniorenbeirates erarbeitet wurde. Die AfA erstelle die Fortführung.

Frau Homm-Vogel bedankt sich für den ausführlichen Bericht und ergänzt, dass der Termin am 18.11.2022 (Bürgerworkshop) ein wichtiger Termin sei.

Herr Frosch spricht die Termine für die Fokusgruppen am 14.11.2022 in Brodswinden sowie 15.11.2022 für die Stadtbezirke 5 und 6. Hierzu wurden verschiedene Personen eingeladen. Für den Termin 18.11.2022 (Worldcafe) bittet Frau Buntebarth um Voranmeldung.

Herrn Schaudig interessiert, ob der neu gewählte Seniorenbeirat mit beteiligt werden würde.

Frau Rudolf antwortet, dass der Seniorenbeirat im Begleitgremium vertreten sei und bei allen Arbeitsschritten mit eingebunden wurde. Frau Rudolf habe darüberhinaus ebenfalls Kontakt zum ausgeschiedenen Seniorenbeirat, um sich über die Arbeit des Seniorenbeirates zu informieren.

Frau Stein-Hoberg spricht die älteren Menschen mit Migrationshintergrund an und möchte wissen, ob es bezüglich der Bürgerbeteiligung eine Möglichkeit gäbe, diesen Personenkreis ebenfalls einzuladen.

Frau Rudolf antwortet, dass dies explizit nicht geschehen sein, dies sei ein guter Hinweis, in diese Richtung gesondert einzuladen.

Die Leiterin der Fachstelle für pflegende Angehörige habe viele Kontakte in diesem Bereich.

Frau Rudolf führt weiter aus, dass noch die Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung ausstehen. Anschließend erfolgt die Fertigformulierung des Berichtes sowie die Maßnahmenformulierung für jedes Handlungsfeld. Diese Maßnahmen werden ergänzt mit dem Hinweis auf den zuständigen Ansprechpartner bzw. welche Ansprechpartner noch mit einbezogen werden müssen.

Anschließend werde der Bericht dem Begleitgremium mit der Bitte um Rückmeldung vorgestellt. Im Anschluss daran werde der Bericht fertiggestellt.

Damit der Bericht nicht zu umfangreich wird, werde ein möglichst schlanker Hauptband (13 Handlungsfelder) erstellt, bei dem sich auf die Maßnahmenempfehlungen konzentriert werde. Die Informationen, die das Ganze begleiten, wie Bestandserhebung, Protokolle der Expertenworkshops, Ergebnisse der Bürgerbeteiligung usw., werden als Anhänge mit Querverweisen angefügt.

Dient zur Kenntnis.

### **Auflageverfahren**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales vom 14.03.2022 wurde durch Auflage genehmigt.

Elke Homm-Vogel  
Bürgermeisterin

Ute Grytz  
Schriftführer/in